

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in d. Stadt für Abholer halbjährl. 395 000, Böden bezogen 400 000, wöchentl. 200 000, Postbezug monatlich, Einschnitt wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 40 000 M., Sonntags 50 000 M., Nachdruckverbot vorbehalten. Postfach, Berlin 16 654. Geschäftsstelle: Südfriedstraße 4. Belegstelle: Gerhartshofstraße 38. Für unerreichte Sendungen wird i. Gemäßh. geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenweite Millimeter. Satzraum 25 000 M. und der Spaltenweite Millimeter. Blattmerkmale 100 000 M. Die laufende Monatsausgabe wird den Bezüglern auf Kleinanzeigen bei deren Aufgabe mit 5000 M. im Zahlung genommen. Ziffergröße 24 000 M. Porto besonders. Alle Briefe freibleibend. Anzeigenfrist vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderart. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balß

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 201.

Dienstag, den 28. August 1923

163. Jahrgang.

Antwort an Poincaré.

Stresemann über das „Institute of Economy“.

Am 28. August. Der Berliner Vertreter der „Köln. Ztg.“ hat gestern in einer Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Stresemann diesen um Auskunft darüber gebeten, worauf er seine Einschätzung des amerikanischen Untersuchungsergebnisses über die bisherigen deutschen Reparationsleistungen abgibt. Dr. Stresemann führte in seiner Erwiderung u. a. folgendes aus: An sich habe die mit dem Schätzungsergebnis des Institute of Economy durchaus nicht als endgültig und unabweisbar zum Zuge gemacht. Das Material, das die deutsche Regierung in Händen hat, gestattet eine naturgemäß viel genauere Bestimmung der bisherigen deutschen Leistungen, eine Bestätigung der bisherigen deutschen Leistungen, eine Bestätigung, die sich meines Erachtens vor jedem internationalen Sachverständigenauschuß als durchaus einwandfrei nachweisen ließe. Was jetzt ist aber die Höhe aller Reparationsleistungen immer immerhin Konto zuguschrieben worden, ohne daß die deutsche Reichsregierung darüber auch nur befragt worden wäre. Eine solche Einschätzung mußte einseitig ausfallen und konnte infolgedessen auch nicht vor größeren Irrtümern bewahrt werden.

Erläuterung über die Aufzählungen zu bringen, die sie für den Fall des Aufhrens des passiven Widerstandes zu machen bereit ist. In der Sitzung des Generalrats des Generalkomitees und des Vollrates der sozialistischen Partei in der diesjährigen Versammlung wurde, gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Erklärung der französischen Regierung, daß sie die Wahrung der militärischen Befugnisse des Ruhrgebietes fortzusetzen, tief beäuernd wird, ebenso die Verweigerung des Vorschlages eines unparteiischen Untersuchungsrichters der deutschen Reparationsfrage (s. Bericht) und der vernünftigen Festsetzung des Gesamtbetrages der Reparationen. Die Entschließung fordert, dem „Vorwärts“ zufolge, die britische Regierung auf, energisch bei den Bemühungen zur Wiederherstellung von Verhandlungen zum Zwecke der Durchführung einer Regelung zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien zu verharren.

Inwieweit den Feilen dieses „Vorwärts“-Berichtes liegt man, wie schnell und wühnd die Sozialdemokratie arbeite, wie weit bereits ihr verderblicher Einfluß auf die Ruhrarbeiten und nicht zuletzt auch auf die Regierung vorgeschritten ist. Der „Vorwärts“ oder der Bericht Zant Schaus, spricht bereits von „Freiheit“, „Kompromiß“, „Aufgeben des Widerstandes“. Das sind bedenkliche Zeichen.

Das Programm der deutschen Regierung.

Man schreibt uns: Der Kanzler hat jüngst ein Wort gesprochen, das allen gefährlichen und verdächtigen Gegenüberstellungen im In- und Auslande ein Ende machen sollte. Gemeinsam mit allen Mitbürgern will die deutsche Regierung einen Weg aus diesen unheilvollen freiblen- und verzerrten Zuständen suchen. Nicht „direkte Verhandlungen“ mit Frankreich, die zur Bildung eines kontinentalen Blocks gegen England führen soll, kein Verzicht, den einen gegen den anderen „auszubilden“. Es muß eine Lösung gefunden werden, die den Lebensinteressen und Notwendigkeiten der drei großen Staaten entspricht, auf denen nur einmal das Weltgleichgewicht Europas liegt. Gemeinsam, anders geht es nicht! Von einer Entzweiung Englands und Frankreichs hätte Deutschland nichts zu erhoffen. Es hat an Leistungen von Seiten Frankreichs nicht gefehlt, die neue deutsche Regierung in die Lage versetzt, die direkten Verhandlungen mit Frankreich zu führen, auf diesem Wege es zu isolieren und letzten Endes ganz hilf- und reslos in die Gewalt Frankreichs zu bringen.

Bayern und das Reich.

Innenpolitische und wirtschaftliche Fragen.

München, 27. August. Reichsminister Dr. Stresemann hatte anlässlich seines Besuches in München sich mit dem Hauptvorsitzenden der „Münchener Neuesten Nachrichten“ über innenpolitische und wirtschaftliche Fragen unterhalten. Die vom Reichsminister vertretenen Mächte sind im wesentlichen folgende:

Ueber die Frage der von Bayern vertriebenen Hochheitsrechte, über ihr Recht auf Eigenleben habe ich mich in der Erklärung ausgesprochen, daß ich namens des Reichs bei der Vortreibung der Regierung im Reichstage abgesehen. Diese Erklärung sollte nicht nur meine persönliche Klärung als Kanzler der, sondern sie war als die Aufklärung des Gesamtabwärtigen zu betrachten. Ich glaube, daß über die grundsätzliche Einstellung der Regierung kein Zweifel sein kann. Sie können überzeugt sein, daß diese grundsätzliche Einstellung sich auch in der Praxis entsprechend zu zeigen. Die letzte Koalition ist die stärkste Zusammenfassung parlamentarischer Kräfte, die wir im neuen Deutschland bisher gehabt haben. Eine Reihe Fragen, die in der nächsten Zeit zur Erledigung kommen, werden unter Umständen nur auf dem Wege der Koalition lösbar sein. Ich habe mich zu dem Zweck, die Angelegenheiten in die Hände der Regierung zu legen, die bisher ein behändiger, bei großen grundsätzlichen Fragen die Zustimmung der stärksten außerhalb der Regierung stehenden Parteien zu erlangen.

Es ist unrichtig, (wenn es auch angenommen wird), daß nunmehr eine starke Einflußnahme der Sozialdemokratie auf die Regierung eingetreten sei, die bisher nicht bestand.

Alle Maßnahmen einer deutschen Regierung müssen in der Gegenwart darauf abgestellt sein, daß sie das Volk zusammenführen, aber diese Einheit nicht durch Parteikämpfe zerbrechen lassen. Dieser Grundsatz galt für die Regierung Cuno insofern, auf die damals außerhalb der Regierung stehende Partei, und auch die heutige Regierung hat ausdrücklich alle staatsrechtlichen Elemente außerhalb der jetzigen Koalition zur Mitarbeit aufgerufen. Insbesondere gilt dies auch von der vormaligen Volkspartei, die sich bisher gegenüber der jetzigen Regierung als loyale Verbündete, sich aber durch ihre Forderungen zum Zerger der Reichsregierung ausgesprochen hat. Ich darf darauf auf eine Fortsetzung der Zusammenarbeit hoffen, die ich schon als Fraktionsführer zum Vorteil der gemeinsamen vaterländischen Sache zu angenehme empfand.

Bezüglich der Notwendigkeit einer Produktionssteigerung und der Anpassung der Löhne und Gehälter sagt der Kanzler: Die Notwendigkeit über die Devisenbeschaffung ist ein erster Schritt, und wir werden auf dem besprochenen Wege zur inneren Entzweiung weitergehen. Die notwendige Anpassung der Löhne und Gehälter darf sich nicht schematisch im Vergleich mit den Friedensverhältnissen vollziehen, und es ist selbstverständlich, daß Löhne und Gehälter über dem Friedensstand auf die Dauer zu einer schwereren Gefahr für uns werden.

Bezüglich der Darlegungen des Reichsfinanzpräsidenten, haben sich in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank auch über die Stellung der Reichsregierung zur Reichsbank grundsätzliche Beschlüsse getroffen, die sich hinsichtlich der Finanzpolitik des Reiches unterhalten und getragen werden muß von der Reichsbank, und

Was das „Institute of Economy“ anbelangt, das uns und unsere Leistungen nach seiner eigenen Bewertung in seiner Weise beurteilt. Es ist ein Institut, welches mehrere Jahre von dem in den Vereinigten Staaten sehr bekannten Philanthropen und Wirtschaftspolitiker Robert S. S. Hopkins gegründet worden ist, um den freien wissenschaftlichen Erforschung sozialökonomischer und wirtschaftlicher Fragen zu dienen. Die jetzt von dem Institut veröffentlichte Untersuchung der Reparationsfrage ist als erste einer Reihe von Denkschriften über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft herausgegeben worden mit dem von dem Institut beauftragten Sachverständigen, den wir oben als „Köln. Ztg.“ und „gegenwärtig“ bezeichnet haben, zu erörtern. Das Werk ist zwar vor kurzem erst in unsere Hände gelangt; trotzdem bin ich überzeugt, daß der französische Ministerpräsident bis heute über dieses wissenschaftliche Werk und über das Institut, das es herausgegeben hat, nicht informiert gewesen zu sein scheint.

Vom Shaw über die Lage im Ruhrgebiet.

Die Gefahr eines furchtbaren Ausbruchs.

Berlin, 28. August. Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute den Bericht des Sekretärs der Exekutive der internationalen Arbeiterinternationalen Tom Shaw an die Internationale Arbeiterinternationalen über seine Eindrücke im Ruhrgebiet, die einsehende Beachtung verdient. Shaw beschäftigt sich zunächst mit der augenblicklich gehaltenen Übergabe der durch Beobachtungen und Befragungen zum Ausdruck gekommenen Eindrücke. Er fand die Stimmung in Köln und Dortmund pessimistisch und nennt als Grund hierfür vor allem die Furcht vor der Lebensmittelknappheit. Ein gegenseitiger Gang durch die Straßen zeigt, daß die Gefahr aller Art sehr rasch auf allen Seiten sich zu zeigen beginnt und wenn diese zu weiter geht, kann es nicht lange dauern, bis die Städte im Ruhrgebiet ebenso aussähen werden wie die Städte in Ostpreußen unmittelbar nach Kriegsende. Die Stellungnahme der gesellschaftlichen und Parteivertrauensmänner kann im folgenden zusammengefaßt werden: Keine Regelung ist annehmbar, die nicht den Arbeitern die Freiheit gibt, die sie auch unter der französischen Besetzung verlangen, ohne daß die Ausgewiesenen und eingekerkerten Arbeiter nach Hause zurückkehren können. Die gegenwärtige Unsicherheit, die es ermöglicht, daß die Arbeiter auf plötzlichen Befehl von einem Augenblick zum anderen ausgewiesen werden können, muß aufhören. Was die Ruhrarbeiter betrifft, wird weiter verlangt, daß die Güterverteilung und -verteilung in deutschen Händen bleibt und daß französische und belgische Bataillone in keiner Weise dazu verwendet werden, die Leute zur Arbeit zu zwingen. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden könnten, wären die Ruhrarbeiter bereit, den passiven Widerstand morgen aufzugeben (h. Als persönliche Ansicht führt Shaw seinem Bericht u. a. hinzu: „In allererster Linie liegt es von entscheidender Wichtigkeit, daß die Ruhrarbeiter in aufständischer Stimmung die Auffassung und Anregungen auf der englischen Arbeiterführung in folgenden drei Punkten nieder: 1. Es besteht, wenn nicht so schnell als irgendmöglich Verhandlungen beginnen, im Ruhrgebiet die Gefahr eines furchtbaren Ausbruchs. 2. Die Bevölkerung ist zu einem vernünftigen Kompromiß durchaus bereit. 3. Die Ruhrarbeiter erkennen, daß es unmöglich erwarten kann, daß die Franzosen ohne vorhergehende Regelung das Ruhrgebiet verlassen und in daher, sobald die Garantie für eine halbwegs vernünftige Belohnung gefunden und die Freiheit zur normalen Arbeit gesichert ist, vollständig bereit, den passiven Widerstand aufzugeben.“ Shaw meint, daß die Internationale sobald als möglich den Druck der öffentlichen Meinung auf die französische Regierung konzentrieren müsse, um sie zu einer bestimmten

Diese Vorentscheidung für die deutsche Politik durch den Kanzler wird auch im Inneren Deutschlands zur Förderung und Entzweiung beitragen. Denn es ging ein Vertrauen über den Verzicht, die deutsche Industrie sucht mit der französischen zu einer Einigung zu kommen: einer Einigung, die ihr, aber nicht dem deutschen Volk und dem Bestand des Reiches zum Vorteil gereichen würde. Neben ihr nicht weiter davon, der Kanzler hat diesen Verzicht umgebracht.

Er hat noch mehr getan. Er hat den Willen und die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung festgehalten, gemäß den Wünschen des deutschen Völkers, die deutsche Wirtschaft als letzte Kraftquelle zum Träger der Garantie für die Verpflichtungen Deutschlands zu machen. „Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Wahrung unserer Souveränität, für die Konsolidierung unserer Verhältnisse sieht die Reichsregierung das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die deutschen Reparationsverpflichtungen anzusetzen.“ Damit geht Deutschland über die Verpflichtungen des Berliner Friedensvertrages hinaus, der als Pfand für die deutschen Reparationsverpflichtungen nur das faktische Eigentum des Reiches und der Länder vorsieht. Auch Poincaré verlangt Pfänder. Aber er will die Pfänder nur an Rhein und Ruhr nehmen. Und er will diese Pfänder weniger als wirtschaftliche und Zahlungspfänder, er will sie als politische Pfänder. Sie sollen nichts anderes sein, als der Weg zu der Losrennung vom Reich in irgend einer Form, zur dauernden Einfluß- und Besitznahme und Ausbeutung durch Frankreich. Es ist vergeblich, wenn Herr Poincaré diese Behauptungen und Annehmlichkeiten leugnet. Wir wollen wie die Welt haben werden begreifen, mit welcher Bereitwilligkeit Frankreich auf der Friedenskonferenz um die Annexion des Rheinlandes gekämpft hat. Wir haben auch nicht vergessen, daß als die stärksten Gegner und Einseitiger hinter Clemenceau Poincaré und noch standen. Deutschland ist bereit, Pfänder zu geben, Pfänder, die dem wirtschaftlichen Wert des Ruhrgebietes entsprechen, aber nicht das Ruhrgebiet und das Rheinland als politische Pfand. Hier ist ein Kompromiß unmöglich für Deutschland. Wir können unmöglich mit einem Frankreich Poincarés über eine halbe oder ganze Internationalisierung des Rheinlandes und „unsicherer“ Befugnisse des Ruhrgebietes verhandeln. Das würde den Verlust von Rhein und Ruhr bedeuten.

Der Kanzler hat gesagt, daß Deutschland kein Opfer zu groß ist, zu einer Regelung der Reparationsfrage zu kommen. Die Maßnahmen zur Währungsreform, zur inneren Entzweiung, der Eingriff in die Substanz der deutschen Wirtschaft (der freilich noch der grundsätzlichen Revision bedarf, wenn er nicht teilweise tödlich wirken soll) bedeuere den ersten und energigsten Taktplan. Und diesem Taktplan sollte es gelingen, den Widerstand Poincarés zu brechen, wenn das Volk geschlossen dahinter steht und Vertrauen zu ihm gewinnt.

Daß eine Durchkreuzung der Reichspolitik durch Maßnahmen der Reichsbank zu unbilligen Situationen führen muß. Die Regierung wird also unbedingt auf der Durchführung des Grundgesetzes bestehen, den ich in der Erklärung des Kabinetts bezüglich der Reichsbank zum Ausdruck gebracht habe. Von dem Zusammenarbeiten der Reichsbank mit der Reichsregierung und von der Anerkennung dieser grundsätzlichen Einstellung der Reichsregierung ist auch die Situation der Reparationsfrage abhängig, die gegenwärtig in der Presse vielfach erörtert wird.

Der Konflikt bei der Reichsbank.

Die Entlassung Großmanns.

Berlin, 27. August. Als kürzlich beim Reichsbankdirektorium der Streit über die Reichsbankdirektion übergriff, der Notmangel so groß wurde, daß das Publikum nicht mehr befreit werden konnte, ordnete das Reichsbankdirektorium an, daß große rote Plakate angeschlagen wurden, die den Betrachtern mitteilten, daß infolge des Streites die Bank nicht mehr in der Lage sei, den Bedarf an Bargeld zu befriedigen. Hier griff Großmann ein und versuchte, das Anschlagen der Plakate zu verhindern. Großmann befürchtete naturgemäß, daß der Aufbruch zu dem Streit werde, die Stimmung draußen gegen die Streikenden in der Reichsbank zu verschärfen. Fernerhin zeigte sich Großmann im Namen der Angestellten für den Wächter Haberleins ein. Schließlich blieb dem Reichsbankdirektorium nichts anderes übrig, als Großmann zu entlassen. Wenn jetzt die Wiedererrichtung des Betriebsrats gefordert wird, so kommt hier ein Konflikt zum Ausdruck, der in seiner Tragweite aberaus bedenklich zu beurteilen sein dürfte. Für die Reichsbankverwaltung ist also die Lösung des Problems nicht leicht. Großmann hat sich zweifelslos übergriffen erlaubt, die in einem so wichtigen Betriebe, wie ihn die Reichsbankdarstellung darstellt, nicht geduldet werden dürfen. Auf der anderen Seite muß eine Lenkungsmaßnahme der Reichsbank, wie sie jetzt droht, nach Möglichkeit vermieden werden. Eine unglückliche Verkettung will also, daß auf der einen Seite eine Entlassung der Autorität Haberleins bzw. des Reichsbankdirektoriums gegenüber Großmann und seinen Mitarbeitern notwendig ist, auf der anderen Seite aber der Reichsbankpräsident aus diesem Grunde allein in seiner Position nicht gehalten werden darf, falls wirklich gewichtige Gründe für sein fortwähres Ausbleiben vorliegen. Zu der Stellungnahme der Reichsregierung erfahren wir von gutunterrichteter Seite, daß hier der Wunsch obwaltet, unter allen Umständen schon in aller nächster Zeit die Politik der Reichsbank zu gestalten, daß sie vollständig im Einklang mit der Politik der Reichsregierung steht und nicht wieder Konflikte aufwirft, wie sie die letzte Zeit unter dem vorigen Kabinett mit sich brachte. Von der Erregung dieses Willens wird sich die Regierung unter keinen Umständen abbringen lassen und auch in den Personalfragen sein Ziel nicht weichen lassen. Das Kabinett in erster Linie daran, die tägliche Arbeit der Reichsbank und in zweiter Linie die Stellung zum Reichsgericht werden muß. Dies mit Hilfe des Reichstags oder einmündlich ohne das Parlament durchgeführt werden kann, steht zur Stunde noch nicht fest. Auf jeden Fall haben die beiden Gegenstände Reich und Reichsbankdirektorium und Reichsbankpräsident und Großmann der Entscheidung, die herbeizuführen man so sehr wie möglich bedürftig ist.

Wie wir erfahren, liegen die Abkündigungsgeschäfte über einen eventuellen Streik zugunsten des entlassenen Betriebsrats Großmann noch nicht vollständig vor. Es fehlen vor allen Dingen noch die Meldungen aus der Provinz. Nach den bisherigen Ergebnissen darf es als sicher gelten, daß der Betriebsrat noch einmal die Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums in Anspruch nehmen wird. Es ist also damit zu rechnen, daß es vor der gerichtlichen Verhandlung gegen Großmann zu irgendeiner Streitaktion nicht kommen wird.

Aus dem Ruhrgebiet.

Sanktionen über Hattungen.

Hattungen, 28. August. Wegen einer angeblich am 23. August verübten Telefonstörung verhängte der Ortskommandant scharfe Sanktionsmaßnahmen. Der Landrat hat die Täter bis zum 28. August einzuliefern, widrigenfalls weitere Sanktionen folgen.

Ein neuer Mord.

Wanzenstein, 28. August. In der vorgestrigen Nacht wurde die zehnjährige Pieser, die in Hensburg zur Erholung gewiesen war und zu ihren Eltern nach Ertrinken zurückkehren wollte, von einem französischen Soldaten erschossen.

Die französische Wiltfir an der Ruhr.

Wettmar, 28. August. Die Franzosen hatten die Gemeinde Wettmar wegen eines Vorfalls an dem französischen Autopark zu einer Geldstrafe von 500 Franc verurteilt. Da die Gemeinde die Zahlung ablehnte, beschlagnahmten die Franzosen aus der Gemeindefiskal 165 Millionen Mark.

Mordverurteilung in Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. August. In der vergangenen Woche sind hier 500 Erkrankten an Ruhr zur Anzeige gelangt. Von den Erkrankten sind bereits sieben Personen gestorben.

Todesurteil im Mordprozeß Baur.

München, 27. August. Das Volksgericht München hat heute nachmittag das Urteil im Prozeß wegen des politischen Mordes an dem Studenten Baur gefällt. Der hochschulstudierende August Jöwengauer wurde wegen Verbrechens des Mordes zum Tode verurteilt, der Kaufmann Johann Berger wegen Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis, der Hilfsarbeiter Ernst Berger sowie der Schriftsteller und Privatgelehrte Dr. Arnold Ruge wurden von der Anklage der Begünstigung freigesprochen. Dr. Ruge wurde wegen Aufforderung zum Mord zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Ernst Berger wird auf freien Fuß gesetzt.

Um die Vorauszahlung der Beamtengehälter.

Die Vorauszahlung der Beamtengehälter auf ein Vierteljahr hat bekanntlich jetzt zu erheblichen Schwierigkeiten geführt, da die Regierung nicht in der Lage war, die notwendigen Mittel, die in die Kassen hineingehen, rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Von weiteren Krisen ist deshalb auch die Forderung erhoben worden, daß man in dieser Hinsichtlich so unüberwindlichen Zeit von dem bisherigen System der dreimonatlichen Vorauszahlung abgehen und an die Stelle dieses Verfahrens die Zahlungweise setzen solle, die in Handel und Handwerk üblich ist. Es wird also verlangt, daß die Beamten, wie jeder Privatangehörte, längstens für vier Wochen das Gehalt voraus erhalten sollen.

Das Reichsfinanzministerium hat, nachdem die Angelegenheit das Kabinett bereits ausführlich beschäftigt hat, sich jetzt ernstlich mit dieser Frage beschäftigt und zunächst ein Gutachten des Reichsarbeitsministeriums eingeholt. Von Seiten der Beamten wurde gegen eine Abänderung der Gehaltszahlung nämlich Protest erhoben, mit der Begründung, daß die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamten mit zu den sogenannten „hochverordneten Rechten“ der Beamten gehört und es sind von den Beamtenorganisationen nach dieser Richtung hin Gutachten namhafter Rechtslehrer eingeholt worden. Man stellt sich in der Beamtenchaft auf den Standpunkt, daß ohne Gesetzes- und Verfassungsänderung die Frage nicht zu lösen sei und daß ein einfaches Diktat des Reichsfinanzministers nicht genüge, um ein System zu ändern, dessen Modifizierung lediglich dem Parlament vorbehalten bleiben muß.

Insoweit hat jedoch das Reichsfinanzministerium die Beamtenorganisationen am Montag zu einer Besprechung über die Angelegenheit geladen, die vorläufig unverbindlichen Charakter tragen soll und in der man sich nur über das Grundprinzip unterhalten wird. Von dem Ausgang der Besprechung hängt es dann ab, ob hier eine Veränderung in der Weise möglich ist oder ob die Beamten gegen die Absichten der Regierung, die Gehaltszahlungen auf eine andere Basis zu stellen, opponieren werden. Es hat augenblicklich den Anschein, als ob man in Beamtenkreisen selbst der Ansicht ist, daß die vierteljährliche Vorauszahlung die Finanzen des Reiches in verhängnisvoller Weise belastet und daß zum Teil wenigstens Abhilfe geschaffen werden muß. Wenn man betrückt ist, so ist es in der Beamtenchaft die Ansicht, daß in der Tat nicht alle Beamte Anspruch auf die Vorauszahlung erheben können und daß mindestens bei den auf Privatvertrag angestellten Beamten die Frage strittig ist, ob für sie die gleichen Rechte wie für die lebenslänglichen Angestellten geltend machen können. Die letzte Gehaltsabrechnung für die Beamten und Reichsarbeiter am Donnerstag voriger Woche beschloßen worden ist, hat die Reichsbank in arge Verlegenheit gesetzt. Durchschnittlich erhielten die Beamten eine Zulage von 100 Millionen Mark, deren Veranlassung zunächst kaum möglich erschien. Das Reichsfinanzministerium erklärte sich den Vertretern der Beamtenorganisation gegenüber für vollkommen überreife, obwohl von den Beamten darauf hingewiesen wurde, daß die jetzt fällig werdenden Erhöhungen der Gehälter bereits im Reichsbefehlsblatt vom 26. und 27. Juli angekündigt worden sind und daß die Reichsbank inzwischen die Erhöhungen hätte treffen müssen. Die Beamten sind allerdings der Ansicht, daß die Erhöhungen nicht durchgeführt wurden, bis am Ende der vorigen Woche den Beamten 50 Millionen, am gestrigen Montag wiederum 50 Millionen und die Spitzenbeträge am 1. September ausgezahlt wurden.

Aus Stadt und Umgebung Die neuen Postgebühren ab 1. September.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. September 1923 an in Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Fernschreibverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

- für Postkarten im Ortsverkehr 15 000 Mark, für Postkarten im Fernverkehr 30 000 Mark;
- Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 30 000 Mark, über 20 bis 100 Gr. 45 000 Mark, über 100 bis 250 Gr. 75 000 Mark, über 250 bis 500 Gr. 90 000 Mark;
- für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gr. 75 000 Mark, über 20 bis 100 Gr. 100 000 Mark, über 100 bis 250 Gr. 120 000 Mark, über 250 bis 500 Gr. 140 000 Mark;
- für Drucksachen bis 25 Gr. 15 000 Mark, über 25 bis 50 Gr. 30 000 Mark, über 50 bis 100 Gr. 45 000 Mark, über 100 bis 250 Gr. 75 000 Mark, über 250 bis 500 Gr. 90 000 Mark, über 500 bis 1 Kg. 110 000 Mark;
- für Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gr. 75 000 Mark, über 250 bis 500 Gr. 90 000 Mark, über 500 Gr. bis 1 Kg. 100 000 Mark;
- für Warenproben bis 100 Gr. 45 000 Mark, über 100 bis 250 Gr. 75 000 Mark, über 250 bis 500 Gr. 90 000 Mark;
- für Fäches bis 1 Kg. 150 000 Mark;
- für Pakete 1. Zone (bis 75 Km.) bis 3 Kg. 180 000 Mark, über 3 bis 5 Kg. 250 000 Mark, über 5 bis 6 Kg. 300 000 Mark;
- für Pakete 2. Zone (über 75 bis 375 Km.) bis 3 Kg. 350 000 Mark, über 3 bis 5 Kg. 500 000 Mark, über 5 bis 6 Kg. 900 000 Mark;
- für Postanweisungen: bis 1 Million 30 000 Mark, über 1 bis 2 Millionen Mark 40 000 Mark, über 2 bis 5 Millionen Mark 70 000 Mark;
- für bei eingezahlte Zahlkarten bis 2 Millionen Mark einseht. 10 000 Mark, über 2 Millionen bis 5 Millionen Mark einseht. 20 000 Mark;

Am Telegrammverkehr

sind die wichtigsten Gebühren vom 1. September 1923 an:

- für Ferntelegramme: Grundgebühr 120 000 Mark, und außerdem für jedes Wort 60 000 Mark;
- für Orts telegramme: Grundgebühr 60 000 Mark, und außerdem für jedes Wort 30 000 Mark;

Fernsprechgebühren vom 1. September 1923 an:

Die Jahres-Grundgebühren für einen Fernsprech-Dauntanschluß fallen vom 1. September ab. Von diesem Zeitpunkt an werden für Hauptanschlässe nur Gesprächsgebühren erhoben. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich andererseits in Ortsnetzen mit nicht mehr als 36 Hauptanschlässen 20 Ortsgebühren, in Ortsnetzen mit mehr als 50 bis einseht. 1000 Hauptanschlässen 30 Ortsgebühren.

Für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerseite oder eine öffentliche Sprechstunde von 75 000 Mark, für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Km. einseht. 75 000 Mark, von mehr als 5 bis 15 Km. einseht. 150 000 Mark, von mehr als 15 bis 25 Km. einseht. 225 000 Mark, von mehr als 25 bis 50 Km. einseht. 450 000 Mark, für mehr als 50 bis 100 Km. einseht. 675 000 Mark, für jede weiteren abgezogenen 100 Km. mehr 225 000 Mark.

Für dringende Gespräche das Dreifache, für Abgespräche das Anderthalbfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. **Worttarif** am 1. September 1923 an: Ferngespräch bis 75 000 Mark, Ferngespräch bis 100 000 Mark, Ferngespräch bis 150 000 Mark, Ferngespräch bis 200 000 Mark, Ferngespräch bis 250 000 Mark. Die Teilnehmer können ihre Einrichtungen am 1. August oder 30. September 1923 kündigen.

Die Bar-Freizemachung.

Der Gedanke der Bar-Freizemachung scheint in den Kreisen des Reichsfinanzministeriums doch nicht so weit an Boden gewonnen zu haben, wie man nach dem ersten Mittelplan annehmen mußte. Barfrei behandelt werden nach wie vor die Kassenkassen, ferner Zahlkarten und Postanweisungen. Ueber Wertbriefe und Einzahlungsbelegungen ist eine Entscheidung im Augenblick noch nicht gefallen. Die Bar-Freizemachung der gewöhnlichen Briefe- und Kartenzahlungen soll infolgedessen nicht aufgegeben werden, als die Zulassung von Stempelmaschinen an große Firmen verweigert und der Briefartenmangel gestiftet wird, daß auch weniger als 100 Briefe zur Bar-Freizemachung zugelassen werden. Dagegen läßt sich schon jetzt sagen, daß die Bar-Freizemachung einzelner Briefkategorien und Karten privater Absender, ferner die gänzliche Abschaffung der Freizemachung und des Briefartenmangels nicht durchgeführt werden soll.

Verjüngung der Personalarie.

Am 1. September wird, wie gestern mitgeteilt, neben der Ziehung der Postkarte, über die wir an anderer Stelle berichteten, auch wiederum eine wesentliche Erhöhung der ersten Jahreshälfte eintreten. Die letzte Erhöhung erfolgte bekanntlich am 20. August um 90 Prozent. Diese erhöhten Jahreshälfte werden nun wiederum um ein Mehrfaches gesteigert, und zwar wird vom 1. September ab auch für den Personalarbeiter der wertvollste Tarif eingeführt werden. Die Gütertarifüberhöhung auf Grund eines Tarifsystems ist ebenfalls bestimmt schon auf Grund eines Tarifsystems für die neue Preissteigerung ist die gewaltige Aufzehrung der Kohlenpreise. Man wird damit rechnen müssen, daß die neuen Personalarbeiter mindestens das zehnfache der jetzt geltenden Tarife betragen werden. Die Gütertarife dürften mindestens verdoppelt werden. Die fälligen Mehrzusätze der Freizemachung und des Briefartenmangels der erhöhten Kohlenpreise betragen 1,6 Milliarden Mark.

Der neue Mittelpreis.

Der vom letzten Freitag ab gilt, beträgt im Kleinverkauf 131 000 Mark, Großverkauf 37 250 Mark.

Ueber die Zahlung der Umsatzerlöse

und die Ermäßigung beim Steuerabzug befinden sich im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer Bekanntmachungen des Finanzamtes, auf die hierdurch hingewiesen sei.

Zehnregelung im Kohlenbergbau.

Berlin, 27. August. Die Verhandlungen im Kohlenbergbau unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums haben zu einer Vereinbarung in sämtlichen Kohlenbergbaubezirken geführt. Die Durchschnittslöhne, einschließlich des Hausstands- und Kindergebühres sind in den beiden Hauptwochen vom 13. bis 20. August und vom 20. bis 27. August je nach der Art der Kohlenbergbauart festgelegt. Die Lohnsätze für die oberirdischen Steintohlenbergbauart sind 3 327 661 Mark bzw. 5 074 684 Mark und für die unterirdischen Mitteldeutschen Braunkohlenbergbauart sind 3 015 212 bzw. 4 598 198 Mark festgelegt worden. Durch diese Verhandlung sind die Differenzen ausgeglichen, die über die Lohnregelung der Woche vom 13. bis 20. August bestanden hatten.

Nachfragen.

Die Landesbank in Münster hat von jetzt ab Nachfragen an Sammler nur ab, wenn außer dem Rennwert eine Nachbepende von 990 000 Mark, zusammen also 1 Million Mark, gezahlt werden. Es handelt sich dabei um den Verkauf von Wertpapieren der Reichsbank, die durch den Reichsarbeitsminister am 1. September 1923 an den Reichsarbeitsminister übergeben wurden.

Geldrechnung und Einzelhandel.

Der Hansa-Bund hat in eingehenden Darlegungen an den Reichsarbeitsminister und den Reichsfinanzminister darauf hingewiesen, daß es nicht angeht, infolge der Umstellung der Reichsbank die sämtlichen Rechnungsmittel der Reichsbank auf die Basis der Goldmarkierung die Schranken aufrecht zu erhalten, die Einzelhandel und Kleinvertriebe an einer Preissteigerung hindern, durch die der Mittelstand an der durch die Inflation in den Volkswirtschaften verursachten Preissteigerung hinfällig gemacht werden würde. Der Hansa-Bund hat dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister die dringende Bitte ausgesprochen, die Schranken aufrecht zu erhalten, die Einzelhandel und Kleinvertriebe an einer Preissteigerung hindern, durch die der Mittelstand an der durch die Inflation in den Volkswirtschaften verursachten Preissteigerung hinfällig gemacht werden würde. Der Hansa-Bund hat dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister die dringende Bitte ausgesprochen, die Schranken aufrecht zu erhalten, die Einzelhandel und Kleinvertriebe an einer Preissteigerung hindern, durch die der Mittelstand an der durch die Inflation in den Volkswirtschaften verursachten Preissteigerung hinfällig gemacht werden würde.

Grundlöhne in der Krankenkassenversicherung.

Die dauernde Veränderung der Grundlöhne machte es nötig, daß in immer kürzeren Fristen sämtliche Arbeiter eines Betriebes bei der Entlastung in eine andere Lohnklasse umgemeldet werden mußten, um zu zeigen, daß schwerwiegende Benachteiligung für die Arbeitnehmer und umfangreiche unproduktive Arbeit für die Arbeitgeber im Gefolge hatte. Das Reichsarbeitsministerium, dem diese Sachlage vom Hansa-Bund mit der Bitte um Prüfung der zur Abheilung obiger Mängel geeignet erscheinenden Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums unterbreitet wurde, gab in seiner Antwort zu, daß das bisherige Verfahren zu Unzulänglichkeiten geführt habe, und daß deshalb durch Verordnung vom 7. August 1923 der Höchstgrad des Grundlohnes in der Krankenkassenversicherung an die Reichsrichtigkeit angepaßt sei. Die Krankenkassen legen über diesen Höchstgrad hinaus Beiträge erheben, falls der Höchstgrad nicht erreicht ist. Bei diesem Verfahren sind keine Bestimmungen mehr an die Arbeitgeber erforderlich; diese können sofort durch Verbilligung der Reichsrichtigkeit mit der Zahl 5, im besetzten Gebiet mit der Zahl 6, den Höchstgrad des Grundlohnes und danach die Beiträge erheben. Es ist anzunehmen, daß durch die Maßnahme eine Vereinfachung des bisherigen Verfahrens im wesentlichen erreicht ist.

Einschränkung der Zafahrer.

Im den berechtigten Klagen aus Zafahrerbetrieben abzuwehren darüber, daß mit steigenden Verkaufspreisen auch neue Steuererlöse verwendet werden müssen, wird der Finanzminister, wie im Reichsrat erklärt wurde, eine Verordnung erlassen, wonach aus Billigkeitgründen Zafahrer, die einen Preiszuschlag von mehr als 10 Prozent bei der Verbilligung des Geldes nicht möglich, von der Verpflichtung zur Nachversteuerung befreit werden. Diese Verordnung soll sofort in Kraft treten. Ferner beabsichtigt der Finanzminister, schwebende Strafverfahren wegen Unterlassung einer Nachversteuerung niederzulassen. Der Reichsarbeitsminister erklärte sich mit der Neuregelung einverstanden.

Verammlungen und Verammlungen.

In des Gesellschaftslokals gollieren am Mittwoch abend sämtliche Kräfte, die zur Zeit in den Varietés und Kabarets von Halle engagiert sind, aber in den Zustand getreten sind. 15 Attraktionen treten im Saale auf. Als auf zu sein, zumal der Ueberfluß für notleidende Kräfte bestimmt ist.

Haushaltsfall.

In der Nacht vom 22. August um 2 Uhr wurde der Arbeiter Friedrich Schmitt in der Wohnung in Beuna auf der Landstraße von zwei Männern überfallen. Er erhielt einen Schlag in die Wangengegend und einen Schlag ins Gesicht, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Die Räuber machten sich mit seiner Taschenuhr und 5 Millionen Mark Bargeld davon. Als die elektrische Straßenbahn den Bewußtlosen schwebend anfaß, schaffte er sich Hilfe an. Die Polizeibehörde in der Kaserne. Aufbereitete Sanitätler bemüht sich, das in tiefer Bewußtlosigkeit befindliche Opfer des Ueberfalls wieder zu beleben. Für kurze Zeit gelang es. Der Ueberfallene machte einige Angaben, dann schwand ihm von neuem das Bewußtsein. Er wurde in bedenklichem Zustand in das hiesige Krankenhaus geschafft.

Zigeunerrecht.

Wallendorf, 26. August. Einen furchigen Diebstahl verübten kürzlich hier von Schladebach durchziehende Zigeuner. Diese überfielen ein Fassant der Wägen der Wägen, welches eine Korbige Roggen eingeholt hatte. Kurz entschlossen sprangen 5 Zigeuner auf den Wagen, warfen einen Sach Besetze herunter und verbarren diesen in ihrem Besitztum. Der Diebstahl wurde jedoch von einigen Frauen bemerkt, die den Chausseur auf das Geschehene aufmerksam machten, aber die Polizei benachrichtigte. Bei einer vorgenommenen Durchsichtigung der Wägen wurde nichts gefunden, wohl aber an der Suppebrücke bei Wallendorf, wo die Zigeunerwägen das Getreide z. B. in das Wasser geschüttet hatten. In den Weiden vor Wallendorf wurde auch noch ein Stoffkissenbezug mit etwa 20 Pfund Roggen gefunden. Selbstverständlich stellen die braunen Gesellen alles in Abrede, obwohl ihnen der Diebstahl einwandfrei nachgewiesen wurde.

Eigenartiger Diebstahl.

Wesens, 28. August. Beim letzten schweren Gewitter, welches sich über unsere Gegend entlief, blüht der Wind in unmittelbarer Nähe der Erde in eine mächtige Säule des unteren Raumes. Während Luft in solchen Fällen die Bahn, die der Strahl genommen hat, gewöhnlich durch eine Kanne am Stamme, in welcher Rinde und Splint abgetrennt sind, kenntlich ist, zeigt der Strahl von der obersten Spitze vier solcher Kanne, eines in der Weite, ein in der Mitte, das zweite, von etwa 1/2 Meter Durchmesser vollständig zerpfiffert ist, zumal auch an den stählernen Bürgelstücken noch Spuren der gewaltigen Wirkung vorhanden sind.

Ein gemeiner Vandalismus.

Burgliebenau, 28. August. Ein gemeiner Vandalismus wurde Herrn Rittergutsbesitzer Schwarzbauer hier zugestanden, indem ihm in einer der letzten Nächte von seiner Dienerin, welche in Döllinger Flur über einen noch unvollendeten Diensten, zum Schutze des gepflanzten Gartens getrieben war, ein ca. 8 m. großes Stück hier ausgehauenen und entwendet worden ist. Der Beschädigte hat für die Ermittlung des Täters eine namhafte Belohnung ausgesetzt. Anscheinend handelt es sich um einen Nachahmer; doch ist auch anzunehmen, daß der Täter das Stück im eigenen Interesse benutzend will.

Kampf in den Wägen.

Wesens, 28. August. Ein interessanter Kampf in den Wägen wurde im hiesigen Auengelande beobachtet. Zu den dortigen Wägen erhob sich plötzlich ein Schwarm von Bienen, die hoch in der Luft alle Arten Qualifikationen und Schwingungen ausführten. Man glaubte zuerst, die Bienen rüsten sich schon zum Abzuge nach den Winterquartieren, bis man mitten unter ihnen einen größeren Raubvogel bemerkte, der von der Ueberzahl seiner Gegner hart bedrängt wurde. Obwohl einzelne Wägen durch den Raubvogel anfangen verlorst wurden, gelang es demselben doch lange Zeit nicht, sich seiner Feinde, aber tapferen Angreifer zu erwehren, bis er endlich mit gewaltigen Flügelstößen nach den Waldungen enteilte.

Ausichten der Nebelhäuser und Selenjagd.

Aus dem Ostera, 28. August. Nachdem der Regen eingeeignet, sowie Gerste, Weizen und Hafer zum größten Teile geerntet sind, läßt sich jetzt mit ziemlicher Sicherheit die Aussicht auf den Winterertrag und Selenjagd feststellen. Nach den gemachten Beobachtungen ist der Winterertrag allgemein ungünstig ausfallen. Im Regen, in welchem die Nebelhäuser mit Vorliebe nisten, sind verhältnismäßig nur wenige Nistplätze aufgefunden worden, von denen man sagen kann, daß junge Nebelhäuser ausgefallen sind; dagegen fanden sich viele verfallene Nester. Die Nistplätze der Nebelhäuser war noch geringer, aber die Nistplätze der Nebelhäuser waren auch wenn eine Kette Nistplätze vorlag, war diese nicht besonders erfolgreich. Alle diese Umstände sind auf die tiefen Niederschläge zurückzuführen, die die Nistplätze in ihrem Zustande gelitten haben. Wechsels finden sich alle paarweise Nistplätze vor. Die Selenjagd gestaltet sich nicht viel günstiger, da junge Selen nur durch angetroffen werden. Der Grund liegt hier darin, daß der erste Zug, welcher im gleichen Jahre selbst noch zu legen pflegt, meist verlorren ging. Im Auengelande scheinen sich die Ausichten besser zu gestalten, da hier dem Wägen mehr Schutz gewährt ist, die Hochwasser indessen auch nachteilig einwirken.

Nus Provinz und Reich

Schatten der Zeit.

Berliner Bilder.

Zwei Fälle aus Waahl bieten eine erschütternde Illustration der heutigen Zustände und Verhältnisse. Vor einigen Tagen verstarb in Berlin der Substitut Dr. A., der in früheren Jahren eine gute Praxis bei den Landgerichten und dem Kammergericht besaß. Der hoch in den sechziger Jahren lebende, unverheiratete Mann konnte sich den durch Krieg und Revolution veränderten Verhältnissen nicht anpassen, so daß sich seine wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag verschlechterte. Seine Stellung, Ueberbleibsel aus einer besseren Zeit, war schließlich so abgeriffen, daß er sich damit nirgend mehr leben lassen konnte. Seine Wohnung bestand in der Hauptstraße aus trockenem Holz, und nach von Zeit zu Zeit holte der Kreis sich ein Zwickel Suppe an einer Aemterkassette. So schwand er immer mehr dahin, bis ihn der Tod kürzlich von seinem jammervollen Dasein erlöste. Der Arzt stellte als Todesursache Entzündung fest, d. h. der alte Mann war verhungert.

Ein anderes Bild: Vor der Strafammer des Landgerichts 1 hatte sich kürzlich ein etwa 50-jähriger, beitschwerer, der auf einem Bauerngut bei Wiesdorf beschäftigt ist, wegen Diebstahls zu verantworten. Er hatte

Letzte Depeschen

Der Dollar 6400 000.

Berlin, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Dollar notierte heute vorläufig 5600 - 5 900 000. Amtliche Notierung 6 384 000 - 6 416 000 bei 8% Diskontierung.

Der neue Postminister.

Berlin, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Der bei der Bildung des Kabinetts Stresemann offen gehaltene Posten des Reichspostministers dürfte nach der „B.Z.“ im Laufe des heutigen Tages besetzt werden. Als Minister kommt der vom Reichstag präferierte Reichstagsabgeordnete Dr. Anton Söffe in Betracht.

Veröffentlichung der belgischen Note.

Paris, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie die heutigen Morgenblätter melden, wird die gestern dem englischen Botschafter überreichte, am gestrigen Abend wortweise heute in London, Paris und Brüssel veröffentlicht werden. Am Anst 28. August wird im Gegensatz zu der Londoner Meldung festgestellt, daß von einer Genehmigung der belgischen Note durch Poincaré keine Rede sein könne. Poincaré habe der belgischen Regierung schließlich mitgeteilt, daß er keine Bemerkungen zu der belgischen Note zu machen habe. Daraus geht natürlich nicht geschlossen werden, daß er sich die belgischen Vorbrüche zu eigen mache.

Ein neues Kabel zwischen Frankreich und Amerika.

Paris, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie ein neues transatlantisches Kabel gelegt worden. Es beginnt bei Madagay in der Nähe von New York und führt dann über Neufundland und die Azoren nach Rio de Janeiro. Mit diesem Kabel würden die in der Minute 1200 Worte übermittelbar werden. Es ist damit das leistungsfähigste aller Kabel, die überhaupt jemals in Europa angelegt wurden.

Gisladon vor neuen Unruhen.

Lissabon, 28. August. Der Arbeitergenossenschaftsund beidseitig wegen der Lebensmittelerhöhung zum Generalstreik aufrufen. Die Fabrikarbeiter und die Dofen haben die Arbeit bereits niedergelegt. 18 politische Gefangene haben die Verhältnisse ihres Streiks durchgesetzt und sind entlassen.

auf dem Feinde Kartoffeln ausgegeben und mit anderen Arbeitskräften weiter verfahren. Als der Staatsanwalt gegen ihn an Stelle von zwei Monaten Gefängnis eine Geldstrafe von 1 Million beantragte, konnte sich der Jurist auf der Anklagebank taum vor Freude halten, die sich auch nicht verminderte, als das Gericht der Identifizierung entsprechend, die Geldstrafe auf 10 Millionen an Mart erhöhte. Sogar die höchste Strafbühne fängling beim Verlassen der Anklagebank zu fünfjährigen: „10 Millionen Mart, die kann ich gleich aus der Tasche nehmen. In zwei Monaten verdiene ich ja mindestens 2 000 Millionen! Wo kann ich bezahlen? Ich werde gleich hingehen und 15 Millionen bezahlen!“

Auto zu verdingen.

Berlin, 27. August. Seinen 15-Ps-Zweihagen, einen offenen Schiefer, wünscht nach einer Anzeige in der heutigen „B.Z.“ am Mittwoch der Eigentümer an denjenigen zu verdingen, der dafür die Auftragsgabe übernimmt. Sie beträgt nämlich die Bagatelle von einer Milliarde und 800 Millionen Mart - und es ist also nicht unbedingt ein gutes Geschäft, sich dieses Auto leisten zu lassen.

Turnen, Spiel und Sport.

Preußen I - V.f.Z.-Bitterfeld 1:0:3 (0:1). Es war ein wenig schönes Spiel, das sich beide Gegner in Bitterfeld lieferten. Das Resultat entspricht auch nicht dem Spielverlauf. Es war ein völlig offenes Spiel und den Schwarzweißen blieben nur durch ein großes Pech, Erfolge verweigert. Es konnten sie sich nicht auf der feinen Platz gewöhnen und nicht zuletzt trug die äußerst scharfe Spielweise der Bitterfelder mit zu der Niederlage bei. Wohl verlorfen die Bitterfelder durch Verdrüß in anderen Zeitungen die Sache in ein anderes Licht zu rufen. Der V.f.Z.-Vorwart ist nie von seinen Preußen Kollegen losgerissen, er hat sich immer recht unangenehme und erlaubter Weise am Kopfstoßen des Balles geübt, worden. Preußen hat Anstoß und sofort fest ein flottes Tempo ein. Aber auch unerlaubte Schlägen kommen schon vor. Mittig erhält bereits in den ersten 10 Minuten eine Kopfverletzung und der Schiedsrichter erteilt ihm auch nach am Ueberfluß ein Verwarnung. Das Spiel geht dahin und der nimmt aber leider immer scharfer Form an, ohne das der Schiedsrichter eingreift. Bei einem Eckball kommt V.f.Z. zum 1. Erfolg. Nach Halbzeit dasselbe Bild. Bitterfeld offenes Spiel bei wechselnden Angriffen, ohne das die Schlägen ausgeübt werden. Schuld trifft hier sowohl der energiegelose Schiedsrichter wie auch das fanatische Publikum. Durch ein Selbsttor von Wehne kommt Bitterfeld zum 2. und kurz danach aus klarer Meiststellung zum 3. Tor. Alle Bemühungen der Preußen schützern an der hart spielenden Hintermannschaft der V.f.Z. Der Schiedsrichter verurteilt wohl gegen hares Spiel einzuschreiten, trifft dabei aber immer recht unangenehme Entscheidungen. Kurz vor Schluss muß dann V. B. noch ziemlich arg verletzt das Feld verlassen. Bitterfelds Mittelstürmer hatte durch unfaires Spiel im Kampfsfähig gemacht. Die Preußen sind froh als der Schlußpfiff ertönt. Beide Gegner waren sich, wenn man die unfaires Spielweise ausschaltet, fast gleichwertig. Ein Resultat mit 1 Tor Unterschied wäre gerecht gewesen. Allerdings muß in Betracht gezogen werden, daß die Preußen sehr unter den heftigsten Schlägen des Schiedsrichters litt und manche schöne Angriffe infolgedessen unterbunden wurden.

Handel und Verkehr.

Berlin, 27. August. Die Stimmung war heute ausgeprochen fest, die Nachfrage nach Devisen äußerst lebhaft, ohne entsprechendem Angebot zu begegnen. New York sendte Anfangsnotierung 5 719 000 Dollarparität im Mittel. Nachbörse hat eine günstigere Notierung, die sich auf rund 5 Millionen stellte. Zum amtlichen Kurse bezug die Zuteilung für die wichtigsten Reichswägen beträgt 10%. Nachbörse hat ebenfalls sehr festes Geschäft. Gegen 5 Uhr wurden Dollars mit 6,6 Millionen gehandelt. Notennoten 2350 - 2450.

Amtl. Berliner Devisenliste vom 27. 8.

Ameridam	2 194 500	2 205 500	Sanktpeters	1 041 890	
1 046 610	Stadthof	1 496 250	1 503 750	Wien	24 1 395
2 4 000	Wien	5 586 000	1 000	London	25 436 250
25 563 750	Paris	319 200	320 800	Berlin	1 013 460
1 018 540	Brag	164 587	165 413		

Effektenbörse. Berlin, 27. August. Aufserordentlich gesteigerte Kaufkraft war die Signatur der heutigen Börse. Ungewöhnliche Kurssteigerung waren die Folge. Der etwas leichtere Geldmarkt unterstützte diese Tendenz. Schwere weltliche Montanwerte waren favorisiert. Die Kurssteigerung betrug für Bodmere 20 Mill. Proz., für Deutsch-Aureburger 34 Mill., für Gesellschaften 23 Mill. und für Saponen 14 Mill. Proz. Außerdem gewannen Süderis 17 Mill. Proz., Nombacher 18 Mill., Essener Eisenbahn 20 Mill. und Hohenle 18 Mill., Köln-Neuweser 12 Mill., Mannesmannröhren 11 Mill., Kattowitzer 18 Mill., Jise 4 Mill., Rhönig 15 Mill., Rheinthal 5 Mill. und Wiedel Montan 11 Mill. Proz. Ganz außerordentliche Kurssteigerungen zeigten sich ferner am: Schiffbauaktienmarkt angeführt ihrer Kapitalerhöhungen. Es gewonnen Deutsch-Australier 6 Mill. Proz., Hamburg-Amerika Linie 13 Mill., Gania, Kosmos, sowie Norddeutscher Lloyd je 2 Mill. und Holland-Linie 4 Mill. Prozent.

In den diese Anleihen konnten ihre Anleihen bezeugen, liegen und nicht in anderen Umsätze, liegen. Nur die Dollarkurssteigerungen hatten eine Kursbesserung von 1,1 Mill. Proz. aufzuweisen. Zärtliche Anleihen, und zwar Bagdadobligationen 1 sowie 2 Rang 2 Mill. Proz. erhöht. Ungarische Renten konnten verschiedentlich ihren bisherigen Preisstand verdrängen. In Anleihen der Parität je gestern, ebenfalls festere Haltung. Darmstädter Bank zogen anfänglich um 1,2 Mill. Proz. an. Berliner Handels-Anteile um 3 Mill. Proz., Barmer Bankverein, Commerzbank sowie Mitteldeutsche Kreditbank mehrere hunderttausend Prozent an. Am mehrere Ueberlauf blieb die Tendenz sehr fest. Es ging um: Wägen mit 36 Mill. Prozent, Kartowitzer mit 31 Mill., Eberhard mit 38 Mill., Rhönig mit 57 Mill., Nombacher mit 31 Mill., Westeregen mit 34 Mill., Chemische Werke mit 7 Mill., Eberfelder Farben mit 16 Mill., Darmstädter Bank mit 6 1/2 Mill., Deutsche Bank mit 9 Mill., Disconto-Commandit mit 14 Mill. Proz. Der Kassamarkt war überaus günstig disponiert.

116 1/2 Millionen Vantorenkauf - 80 Millionen weniger Goldvorrat.

Der Reichsbankausweis vom 15. d. M. zeigt ein trotzloses Bild. 97 Millionen Schagabermittlungen floßen der Bank neu zu, der Beschäftigten verdrängte sich fast, es blieb nur 116 1/2 Millionen. Das auswärts Goldvorrat dagegen sank um 80 Millionen Goldmark auf nur noch 10 Millionen.

Produktenmarkt.

Berlin, 27. August. Ruhiges Geschäft, wenig Angebot, aber härtere Nachfrage bei steigenden Preisen. (Nichtamtlich, Großhandelspreise der 50 kg auf märkischer Station) drüßiger Roggen- oder Weizenstroh 210 000 - 220 000 Mart, do. Haferstroh 190 000 - 210 000 Mart, do. Gerstenstroh 170 000 - 180 000 Mart, Roggenfangstroh 240 000 bis 260 000 Mart, Wiesensengstroh, Roggen- oder Weizenstroh 200 000 - 210 000 Mart, lichte Krummstroh 160 000 bis 170 000 Mart, Häfel 700 000 - 750 000 Mart handelsfähig. Neu 260 000 - 280 000 Mart, gutes Neu 320 000 - 340 000 Mart, Bierstroh 5400, Treber 5200, Haferfällien 4200, Haferfelle 4000, Strohhehl 4500, Palmenkernöl 4900. Mittels 4 s d r e. (Mies in 1000 Mark). Amtlich wurde notiert von 50 kg ab Station: Weizen, 7000 bis 10 250 - 10 750, Roggen, märk., 7750, bomm. 7000 bis 7250, schie, 7000 - 7500, Sommergerste, märk. 8000 bis 8500, Wintergerste 7750 - 8000, Hafer, märk., 8500 - 8750, schie, 8250 - 8500, Weizenhehl pro 100 kg frei Berlin 36 000 - 40 000, lichte Weizen über Roth, Schmitz, Roggen meist per 100 kg frei Berlin 24 000 - 26 000, Weizenfelle 4750 - 5000, Roggenfelle 5000, Nuss 9000 - 9500, Erbsen, Bitteria 22 000 - 24 000, M. Speiseerbsen 20 000 bis 21 000, Kapstuden 6500 - 7000, Froschenschnitzel 3750 bis 4250, vollwertige Zuckerrüben 5750 - 6000, Formelasse 30/70 3800 - 4000, Kartoffelflocken 8500 - 8750.

Wetterpreise.

Die Berliner Witternorderungscommission notierte im Verkehr zwischen Erzeugern und Großhandel für Wägen 1. Qualität 1 400 000 Mart.

Leiziger Schlachtviehmarkt vom 27. August.

Aufliste: 172 Rinder (38 Ochsen, 54 Bullen, 18 Kalben, 62 Kühe), 162 Rälber, 459 Schafe, 314 Schweine, zu 3 1107. Preise für 50 kg Lebendgewicht in Millionen Mart: Ochsen: 1. Kl. 72-75; 2. Kl. 60-71; 3. Kl. 50-59,9. Bullen: 1. 72-75; 2. 65-71; 3. 55-64,9. (Kälber) 72-75; 2. 62-75; 3. 55-64,9. Schafe: 1. 90-95; 2. 80-89,9; 3. 60-73,9. Schweine: 1. 110-120; 2. 120-130; 3. 100-109,9. 4. 90-99,9; 5. 90-99,9. Geflügelmarkt: Rinder und Schweine flott; Rälber gut; Schafe mittelmäßig. Ueberfland: 142 Schafe. Die Stallpreise müssen der Notiz, vom vorigen Markt entsprechend, je nach Qualität, für Rinder 20 Proz., für Rälber und Schafe 18 Proz. und für Schweine 16 Proz. darunter liegen.

Berliner Metallpreise vom 27. 8.

Elektrolyt Kupfer 1 873 000, Raffinadelkupfer 1825 bis 1 875 000, Weichblei 700 - 750 000, Rohzinn 950 bis 1 000 000, Bancazinn 5300 - 5 600 000, Nickel 3300 bis 3 500 000, Barrensilber (ca 900 f.) 115 - 120 Millionen.

Großhandelspreise in Leipzig im Verkehr mit dem Einzelhandel.

(Preise verstehen sich in 1000 Mark für 1/2 kg ab Lager Leipzig): Kaffee, roh 1600 - 2300; Kaffee, geröstet 2000 bis 2900; Getreidepreise 200 - 450; Kornbrenn, 1922er Ernte, 800 - 900; Nollinen, 1922er Ernte, 500 - 650; Südatmen in Kisten 700 - 1000; Mandeln, bittere, 900 - 1030; do. süße, 1300 - 1500; Mandeln, süße, 700 - 1400; schwarze Hülsen, 900 - 1000; weißer Pfeffer 1300 - 1500; Pfeffer 700 - 750; Speiseflehl 850 - 900; Serringe, gelassen (in Drg.) 2000 - 2500; do. do. Norweger 32 bis 40 000; Gerstengraupen 240 - 250; Haferflocken, lose 220 bis 230; Kartoffelmehl 185 - 200; Weizenmehl 350 - 375; Weizenmehl 450 - 470; glatte Tafelzucker 270 - 350; Surma-Weiz 22 - 230; Weizen 190 - 196; Hartweizengries 300 bis 320; Weizenries 280 - 300; Weizenmehl 250 - 265; Speiseerbsen 280 - 300; Macaroni 600 - 625; Gerstentrittmehl 600 - 625; Schmittmehl 410 - 450; Stärke 240 bis 250.

Verantwortliche Redaktion: Politz, Dr. und prov. Leitz & Kogler. - Spott: M. Hochmeister. - Anzeigen: M. Lang. - Druck und Verlag: Verleger Georg Druck- und Verlagsanstalt A. Vals, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.



Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

Amerikanisches Copyright 1920
by Carl Duescher, Berlin
Nachdruck verboten.

(85)

„Friede mit dir, o Fatme!“, sagte Sidi Marik feierlich. „Mit dir sei Friede, o Erretter meiner Tochter, möge dir Allah deine Tat tausendfach vergelten“, gab Fatme schwärmerisch zurück.

„Er wollte es, aber er kann es nicht mehr“, erwiderte Sidi Marik und setzte eine tieftraurige Miene auf. Fatme sah ihn höchst besträzt an.

„Er soll doch alles können“, warf sie nicht ohne Zweifel ein, „warum bei dir nicht?“

Sidi Marik sah erschrocken zu Boden.

„Ich suchte ein Weib, das mir als schönste im Traum erschien, und als ich wach wurde, gehörte sie einem andern.“ Das tiefste Bedauern malte sich in Fatmes molligen Zügen.

„Du hast großes Unglück gehabt, o Sidi Marik, das ist wahr. Aber du wirst Erfolg finden.“

Wie von einer neuen Hoffnung belebt, hob der Trauernde den Kopf.

„Glaubst du? Auch ich glaube es vielleicht, denn die Tochter jener Frau möchte mir wohl einen Erfolg bieten; aber sie ist freilich nur ein schwaches Abbild ihrer Schönheit.“

Fatme schien hinsichtlich zu werden; gleichzeitig machte sie den Eindruck, als ob sie sich ungleich geschmeichelt fühlte.

„So sei genügung wie es der Weib ist. Und beschleibe dich. Es ist die Pflicht der Frau, dich zu trösten und dir ihre Tochter zu geben.“

Sidi Marik setzte in Gedanken den Pfänder auf und griff in den Bursum.

„Wißt du die Güte haben, der Mutter jener Tochter dieses für ihren Dienst zu geben?“ fragte er und schob Fatme eine schwere silberne Spange aus algerischen Bazaren an. Mit funkelnden Augen sah Fatme das Kleinod, aber es wäre gegen die Sitte gewesen, es zu ergreifen. So

ließ sie es liegen, während ihre Augen immer freundlicher leuchteten. Da zog Sidi Marik symbolisch die Glaces an.“

„Ob ich auch den Vater jener Tochter frage?“ Mit einer großartigen Handbewegung winkte Fatme ab.

„Spure deine Zunge für bessere Worte als Fragen an jenen Vater — er will!“

Sidi Marik küßte die Handfläche zu und ging. „Hoffentlich kriegt ich mal einen Sohn und keine Tochter.“

„Brummete er dabei beifällig. Den Schicksal traf er beim Ref, aber zu einem kleinen Fäulderständchen“

aufgelegt. Hier begann die höhere Diplomatie. Zuerst wurde den die Pfeifen getauscht und man sah schweigend. Lange. Sidi Marik hatte wirklich Zeit zur Überlegung. Und er überlegte.

Der Schicksal war ein alter, kluger Mann, ein Kind seines Volkes und seiner Religion zwar, aber doch mit recht erfreulichen Abweichungen. Namentlich hinsichtlich der letzteren. Er führte Allah häufig im Mund — es wird überhaupt alles beauftragt dort unten, meinte einmal ein alter Afrikaner — aber er fand mit dem vorgeschriebenen

Amerikaner nicht gerade auf dem besten Fuß. Er sah in diesem orientalischen Gott ein raschfüßiges, tyrannisches, immer strafbares Wesen, das völlig vom menschlichen Maß abwich und deshalb auch nicht verstanden werden konnte. Es gab genug Fälle, in denen Schicksal Mohammed nach seinem gefunden Menschenverstand und mit Entschlossenheit gehandelt hatte, anstatt nach den unverständlichen Weisungen und dem Fatum des Korans. Ob er christenfreundlich war? Er unterließ jedenfalls nicht streng in religiösen Fragen.

„Wenn sie so schlecht sind, warum vertilgt sie Allah, nicht?“

Er war Skeptiker, ganz offenbar. Wierfuhr ihm Gutes, so konnte er sich dankbar sein. Für die Erscheinungen des brutalen Zufalles aber hatte er kein Verständnis, das für war er zu lebendigen Geistes. Eine andere Frage, die ihm sicherlich höher stand als die religiöse, war die der Rassenreinheit.

Er würde gegen die Verbindung mit einem Bettler nichts einzuwenden gehabt haben, wenn er nur reines

Blut hatte; aber einen Keger bedarf er unter allen Umständen. Andererseits hielt er das arabische Blut und besonders das der Schürfa nicht für das einzig und allein beste; er machte Zugeländnisse. Er verlangte aber eine gewisse ethische Reinheit. Inwiefern dieser Satz auf Sidi und ihn selbst anwendbar war, dachte Sidi Marik nicht. Und fest wurden zudem die diplomatischen Verhandlungen eröffnet.

„Alldies das Zeit, in dem du siehst, o Freund, Besten ungezählter Räuberhorden. Dein starker Arm sei gepriesen!“

„Geprisen sei der Mann, dem es gegönnt ist, in deiner Nähe zu sitzen und deiner Weisheit zu lauschen, o Schicksal.“

Es war gewissermaßen das Vorpostengeficht. Aber das gab gelehrt weiter äppig im kühlen Schatten des Hauptlingszeltes.

„Alte Leute sind die Schicksal der Beni Sifme und der Beni Tschibr. Sie haben den Beinen zum Schicksal des Weibes ein Embar erwählt, den sie finden konnten. Heil sei dir, o Schicksal, Glück und Ruhm!“

„Und Weisheit und langes Leben schenke dir ferner Allah, der Gnadenreiche. Was aber ist ein Schicksal ohne Haus, o Vater der Weisheit?“

Schicksal Mohammed lächelte den Bart.

„Ein Schicksal ohne Haus läßt dich zu Gast. Wer der Schicksal des Weibes ein Embar ohne Haus ist ohne Würde. Die Beni Humajun werden ihrer Erretter ein Zeit erbauen.“

„Setz den Kammobad!“ dachte Sidi Marik. „Wel hilft, du bist die Wächter dazu.“

„Und laut sagte er: Was ist ein Schicksal mit einem Haus, das kein Weib schmückt?“

Als Sinne er über den Grund aller Dinge nach, so ließ der Schicksal tief das Haupt auf die Brust sinken. Und nach einer langen Weile hob er es wieder mit sehr jovialer Miene.

„Es gestemt mir alten Mann nicht zu lachen, damit ich nicht kindisch erscheine. Aber Allah —“

„— sein Name sei gelobt!“ brummete Sidi Marik jubelndsvoll.

(Fortsetzung folgt.)

Pflichtlich und unerwartet verschied an den Folgen eines schweren im Felde zugezogenen Leidens mein lieber herzenguter Mann, der transorgende Vater seines kleinen Töchterchens, mein guter Sohn, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann

Adolf Reiche

im noch nicht vollendeten 39. Lebensjahre.

Unermüdet war sein Schaffen und Wirken für die Seinen und bleibt ihm ein dankbares Andenken.

Merseburg, den 27. August 1923.

Im tiefsten Leid zugleich im Namen aller Hinterbliebenen

Frida Reiche geb. Liebe.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Stadfriedhofes aus statt.

Die Ermäßigungen beim Steuerabzug

betragen ab 1. September ds. Jrs. bei jeder nach dem 31. August ds. Jrs. erfolgten Zahlung von nach dem 31. August 1923 fällig gemordenen Arbeitslohn das Fünftel der seit 1. August d. Jrs. fälligen Ermäßigungen. Ebenso betragen sämtliche Bewertungsätze für Sachschäden am gleichen Zeitpunkt ab dem Fünftel der ursprünglichen Wertung.

Merseburg, den 27. August 1923. Finanzamt.

Zahlung der Umsatzsteuer.

Alle diejenigen Gewerbetreibenden, Handwerker, Landwirte usw., die ihrer Verpflichtung zur Leistung von Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1923, sowie für die Zeitabschnitte 1. Vierteljahr 1923, II. Vierteljahr 1923 und Juli 1923 bisher noch nicht restlos nachgekommen sind, werden hiermit nochmals an schleunigste Erledigung erinnert.

Wer die fälligen Steuern und Vorauszahlungen bis zum 31. August 1923 nicht entrichtet, muß nach dem neuen Steuerabzug vom 11. 8. 1923 (R. G. Bl. 1923, Seite 774) außer dem Steuerbetrag und den bereits verwirkten 15- bzw. 30-prozentigen Verzugszuschlägen ab 1. September 1923 für jeden angefallenen halben Monat das Vierfache des Rückstandes als Zuschlag bezahlen.

Steuerpflichtige, die über die Höhe der zu leistenden Zahlungen im unklaren sind, erhalten Auskunft im Finanzamt — Abt. Umsatzsteuer — früheres Garnisonlozaret — Wantauffelstraße 1.

Merseburg, den 27. August 1923. Finanzamt.

Von Dienstag, den 28. August ab stehen Transporte

Ka. bayrischer Zugochsen

sowie hochtragende Kühe und Färjen bei uns zum Verkauf.

hauptgenossenschaft für Viehverwertung e. G. m. b. H. (Gandtschaftliche Organisation), Halle a. S., Doltzstr. 8, Fernr. 6385.

Schreibmaschinen

gebraucht 24 Mill. neu 150 Mill.

Gesucht für ersteklassige Büromaschinen

Fabrik-Vertreter.

236 Mill. Hohe Rabatte

Alle Rechen- und Schreibmaschinen können in Zahlung gegeben werden.

Neumann, Berlin, Wilhelmstr. 123. Tel. 6885.

Große Briefmarkensammlung

alle Sorten für neue Zustände zu kaufen gesucht. **Zahlte Recordpreis!** Erste Angebote (Diskretion) unter J. U. 22152 an die Expedition dieses Blattes.

Nationalkassen

(beide Nummern erben) kauft Bügler, Berlin, Potsdamer Straße 38.

Kammer-Glückspiele

Programm von Dienstag bis Donnerstag.

Die Abenteurerin von Monte Carlo!

Ein Pracht-Sensations-Film in 3 Teilen.

3. Teil: Marokkanische Nächte!!

Schaupiel in 6 fabelhaft spannenden Akten mit der temperamentvollen Künstlerin Ellen Richter und Anton Pointner.

Der Herr Impresario!

Reizendes Lustspiel in 3 Akten mit Leo Venkert, Hleru: **Er macht einen Ausflug!** Köstlicher Humor. — Zum Kaskaden.

Anfang 5 und 7 1/2 Uhr.

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammenfassung: — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

Dirin

Denier's bestes Seifenpulver in ein Seifenpulver von großer Geschmeidigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

Beth's Gesellschaftshaus.

Mittwoch abend 8 Uhr im Saal:

Das Weltstadt-Programm!

Der Reinertrag ist für in Not geratene Christen bestimmt.

Sensation auf Sensation!

Im Saal: 15 Attraktionen der Varietés und Cabarette Salles.

Im Café: Ami Westenhagen, Su Deria, Curt Schreiber, Sil Fioletty und andere ersteklassige Cabarettkünstler.

Vorverkauf: Im Theaterlokal.

Versteigerung!

Morgen Mittwoch, ab vorm. 10 Uhr, versteigere ich im Gasthause „Zur Funkenburg“ hier öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung u. a. z. Kleider-Abkleidungsanzug, Kleidungsstücke, Hüte, etc., Kochherd, zweifelhafte Tür, 2 compl. Zuglampen, Deckenbeleuchtungen, Kleiden, und sonst. Wirtschaftsgegenstände, Sportwagen; Kleidungsstücke (u. a. 5 Anzüge, 3 Herrenmäntel), mehr. Paar Schuhe, fast neue Langhölzer, 2 neue Bettvorleger (Zuchsfel); ferner 20 Staubfeger, 6 Boden (je 2 m la, 5 cm Durchmesser), 6 eiserne Schutzhaken, Vertegeräte, Handwerkszeug, elektr. Jalousienmaterial.

Albert Franke, bestidiger Auktionator, Merseburg, Lindenstraße 11, Telefon 635.

Gebrauchter Auszieh-Tisch

Jowie Stühle zu kaufen gesucht. Offert. mögl. mit Preisang. unt. D. D. 78 an die Exp. d. Bl.

Gesucht ein Lager

(möglichst Mitte der Stadt) für eine Rohprodukt-handlung. Offerten unter L. P. 56 an die Exp. d. Bl.

Gebrauchte Zinkbadewanne

(Stp. oder Flieg. badewanne) zu kaufen gesucht. Off. unt. H. A. 15 an die Exp. d. Bl.

AUTO

Mercedes, 21/20 PS, 6-Siger, mit allen Schikanen, streng modern, verkauft äußerst preiswert

Albert König, Halle a. S.

Merlenstr. 3. Telefon 2892.

Gebrauchter Schreibstisch

zu kaufen gesucht. Offerte unter 2500 an die Filiale Gothastr. 38

Beamen-Wirte sucht Stellung als Wirtschaftlerin oder Stütze der Hausfrau.

Offert. unt. R. G. 430 23 an die Exp. d. Bl.

Suche für sofort möbl. Zimmer

in Merseburg od. Umgeb. Offert. erbet. an Monsieur Adon Schäfer (Wannag), Leuna-Werke d. Merseburg.

Suche sofort von jungem möbl. Zimmer

(mit Kochgelegenheit) gesucht. Offert. erbet. unt. H. C. 122 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Wohnung

von jungem Ehepaar für sofort oder später gesucht. Offert. unt. G. H. 119 an die Expedition d. Bl.